Kanzlei Philipp-Gerlach • Teßmer - Niddastr. 74 - 60329 Frankfurt/Main

Landesamt für Bergbau Energie und Geologie Niedersachsen
Dienstszitz Clausthal-Zellerfeld
An der Marktkirche 9
38678 Clausthal-Zellerfeld

Ursula Philipp-Gerlach
Rechtsanwältin
Fachanwältin für Verwaltungsrecht

Dirk Teßmer
Rechtsanwalt

Tobias Kroll
Rechtsanwalt

Leonhard Stuber
Rechtsanwalt

Niddastraße 74
60329 Frankfurt/Main

Tel.: 069 / 4003 400-13
Fax: 069 / 4003 400-23

www.pg-t.de • kanzlei@pg-t.de

Ihr Zeichen

L1.4/L67130/07-07_01/2022-0009

Unser Zeichen

2022Bg126

Frankfurt am Main, den

06.06.2023

Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen im niedersächsischen Küstenmeer; hier insbesondere betreffend Feld „N04“

hier: Weiterer Verfahrens Antrag der Deutschen Umwelthilfe (DUH) e.V.

Sehr geehrte Damen und Herren,

unsere Mandantschaft hat Kenntnis davon erhalten, dass die ONE-Dyas B.V. beabsichtigt, im Feld „N04“ eine Erkundungsbohrung durchzuführen. Dieses Feld befindet sich – zumindest teilweise – auch in deutschem Hoheitsgebiet.

Auf der niederländischen Internetseite

<https://zoek.officielebekendmakingen.nl/stcrt-2023-13882.html>

ist eine diesbzgl. Genehmigung veröffentlicht worden.

Wir bitten und beantragen hiermit folgende Informationen hierzu zu erhalten:

1. Hat das LBEG Kenntnis von der oben genannten und ggf. weiteren das Projekt betreffenden Genehmigungen?
2. Welche Anträge sind betreffend die Erkundung des Feldes „N04“ bzw. die Erteilung einer Bewilligung zur Gewinnung dortiger Rohstoffvorkommen beim LBEG eingegangen?
3. Wie wurden eingegangene Anträge beschieden?
4. Von welchen anderweitigen Anträgen und ggf. Bescheiden betreffend die Durchführung von Erkundungs- oder Gewinnungstätigkeiten haben Sie Kenntnis?

5. Wurde das LBEG an Verfahren auf Erteilung anderweitiger Zulassungen / Genehmigungen – insbesondere an dem oben genannten – beteiligt, die vor anderen nationalen oder niederländischen Behörden durchgeführt wurden bzw. werden?
6. Welche Kenntnis haben Sie über eine etwaig durchgeführte Öffentlichkeitsbeteiligung?
7. Wurde eine FFH-Vorprüfung durchgeführt?
8. Wurde eine FFH-Verträglichkeitsprüfung durchgeführt?
9. Wurde eine FFH-Ausnahme beantragt und ggf. erteilt?
10. Bitte übermitteln Sie uns die bei Ihnen vorhandenen bzw. ggf. noch bei Ihnen eingehenden diesbzgl. Antrags- und Prüfungsunterlagen zu Erkundungs- / Gewinnungstätigkeiten in Feld „N04“ sowie fachbehördliche Stellungnahmen zu diesen!
11. Von welchen weiteren anhängigen Anträgen oder seit dem 01.01.2022 erteilten Genehmigungen betreffend eine Gasförderung in der Nordsee haben Sie Kenntnis bzw. was liegt Ihnen hierzu diesbzgl. vor?

Sollte es zutreffen, dass die deutschen Behörden, insbesondere das LBEG, nicht an den in den Niederlanden geführten Verfahren beteiligt wurden, obwohl die Tätigkeiten auch grenzüberschreitende Auswirkungen haben können, so stellt dies eine schwerwiegenden Verfahrensfehler dar. Dies gilt insbesondere auch für das Unterbleiben einer FFH-Verträglichkeitsprüfung. Da sich der deutsche Teil des Gasfeldes „N04“ vollständig im Natura-2000-Gebiet „Borkum Riffgrund“ befindet und nur 650m davon entfernt gebohrt werden soll, liegt auf der Hand, dass – zumindest – die Möglichkeit erheblicher Beeinträchtigungen besteht. Aufgrund dessen muss zwingend eine FFH-Verträglichkeitsprüfung durchgeführt werden, an welcher dann auch die deutsche Öffentlichkeit zu beteiligen ist.

Die Unterlassung der Durchführung einer FFH-Verträglichkeitsuntersuchung gefährdet nicht nur den Schutz des europarechtlich geschützten Riffes am Bauplatz, sondern verstößt auch gegen den Grundsatz der Transparenz und des Umweltschutzes.

Unserer Mandantschaft ist die Existenz einer zum Antrag von ONE.Dyas gehörenden Unterlage „Antrag Barmm auf Abzweigbohrung N04-04x“ (nl. original und dt. Übersetzung als Anlage beigefügt) bekannt geworden.

Dieser Unterlage ist zu entnehmen, „*dass der Bohrplatz in einem stark befahrenen Schifffahrtsgebiet*“ und zudem in der Mitte der Fahrrinne liegt¹, was ein ungemein hohes Kollisionsrisiko mit sich bringt. Aufgrund von eingesetzten Maßnahme zur Kollisionsvermeidung – namentlich des Einsatzes eines Bereitschaftsboots zur Warnung von Schiffen – komme es „*weniger als einmal pro Jahr*“² zur Kollision von Schiffen mit Öl- und Gasplattformen. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass die Methode nicht dafür geeignet ist, Kollisionen auch

¹ Barmm-verzoek sidetrack put N04-04x, Punkt 4.7.1

² Barmm-verzoek sidetrack put N04-04x, Punkt 4.14

über mehr als ein Jahr hinweg zu verhindern. Da sich die Bohrstelle jedoch nur 650m entfernt des deutschen FFH-Gebietes befindet und auf der Plattform nach Konzernangaben „*verschiedene potenziell umweltgefährdende Flüssigkeiten gelagert werden, z. B. Diesel für die Generatoren, Treibstoff für die Betankung von Hubschraubern und verschiedene Chemikalien für die Bohrspülung*“³, muss eine Kollision sicher vermieden werden, da das Überleben der zu schützenden Tiere des Naturschutzgebietes ansonsten direkt bedroht wäre. Selbst kleine Lecks, bei denen die Chemikalien austreten, setzen die gefährdeten Tiere einer unmittelbaren, nichthinnehmbaren Gefahr aus.

Zur Feststellung, ob die Schutzgüter negativ beeinträchtigt werden, müssen diese zunächst identifiziert werden. Die Schutzgüter relevanten Natura-2000-Gebietes sind Kegelrobben (*Halichoerus grypus*), kleine Seehunde (*Phoca vitulina*), Schweinswale (*Phocoena phocoena*) und Finten (*Alosa fallax*). All diese Arten stehen in Deutschland auf der roten Liste der gefährdeten Arten. In seiner FFH-Vorprüfung stellt One-Dyas richtig fest, dass „*In dem Teil der Nordsee, in dem die Bohrungen durchgeführt werden sollen, [...] das ganze Jahr über mehrere Meeressäugerarten vorkommen [können], wie Schweinswale, Seehunde und Kegelrobben sowie in Einzelfällen Zwergwale und Weißschnauzendelfine. Außerdem können in dem Gebiet geschützte Fischarten, Vögel und Fledermäuse vorkommen.*“⁴ Dass dennoch zu dem Schluss gekommen wird, dass die Bohrungen nicht dazu geeignet seien, diese Arten zu beeinträchtigen, da die „*unmittelbare Umgebung der Bohrplattform [...] nicht als wesentlicher Lebensraum für die geschützten Arten angesehen*“⁵ werde⁵, ist nicht nachvollziehbar. Da die betroffenen Gebiete als Nahrungshabitate von Seehunden und Kegelrobben ausgewiesen sind und das Schutzziel des Naturschutzgebietes ein günstiger Erhaltungszustand dieser Tiere und der Lebensraumtypen „*Sandbänke mit nur schwacher ständiger Überspülung durch Meerwasser*“ Code 1110 und „*Riffe*“ Code 1170 mit ihren charakteristischen und gefährdeten Lebensgemeinschaften und Arten erfordert, ist diese Schlussfolgerung grob falsch.

Andere negativen Auswirkungen auf den geschützten Lebensraum werden in der Unterlage selbst festgestellt:

- „*Die Beeinträchtigung des Bodens wird durch die Aufstandsfläche der Plattformbeine und durch das Ablassen von Bohrmehl verursacht. Die Plattformbeine verursachen eine vorübergehende Überdeckung eines Teils des Meeresbodens. Die Sedimentation der Grobfraktion des Bohrkleins führt ebenfalls zur Überdeckung eines Teils des Meeresbodens in der Nähe der Einleitungsstelle. Die Beine und das sedimentierte Bohrklein bedecken die Bodenfauna in diesem Bereich, was zum Teil zur Mortalität führen kann.*“⁶

³ Barmm-verzoek sidetrack put N04-04x, Punkt 4.14

⁴ Barmm-verzoek sidetrack put N04-04x, Punkt 4.7.2

⁵ Barmm-verzoek sidetrack put N04-04x, Punkt 4.7.2

⁶ Barmm-verzoek sidetrack put N04-04x, Punkt 4.4

Die wahrscheinliche Sedimentaufwirbelung und Ablagerung der Sedimentation der Grobfraction des Bohrkleins durch Meeresströmungen im FFH-Gebiet und deren negativer Einfluss auf die dortige Bodenfauna wurde hingegen nicht geprüft. Diese können jedoch auch dort signifikante negative Auswirkungen auf am Boden befindliche Lebewesen und Pflanzen haben. Zudem wurde auch die Gefahr der Zerstörung des nur 650m entfernten geschützten Lebensraumes durch von Bohrungen ausgelöste Erschütterungen nicht geprüft.

- Weiterhin identifiziert der Konzern selbst die „Auswirkungen von Unter- und Überwasserlärm“⁷ als relevanten Faktoren für das Naturschutzgebiet. „Der Überwasserlärm stört vor allem Seevögel und möglicherweise andere Arten“, stellt der Konzern fest.⁸ Doch mit der Begründung die „Größe des gestörten Gebiets für Vögel und andere Arten [sei] im Vergleich zur verfügbaren Fläche gering, und aufgrund der nahe gelegenen Schifffahrtsroute [seien] ohnehin viele Störquellen vorhanden“⁹, kann keine Unerheblichkeit geschlussfolgert werden, wie es der Konzern jedoch fälschlicherweise tut. Auch der Unterwasserlärm ist laut dem Bundesamt für Naturschutz dafür geeignet sind, die dort lebenden Tiere stark zu belasten.¹⁰ Doch auch hier werden Auswirkungen unberechtigter Weise von vornherein ausgeschlossen.¹¹

Bereits aus diesen genannten Umständen folgt ohne weiteres, dass vorliegend eine ordentliche FFH-Verträglichkeitsprüfung durchzuführen gewesen wäre und eine ohne diese erteilte Genehmigung rechtswidrig ist,

Wir bitten daher – und fordern Sie hiermit auf –, bei den zuständigen niederländischen Behörden auf die unterbliebene Beteiligung am Verfahren und an einer erforderlichen FFH-Verträglichkeitsprüfung aufmerksam zu machen und zu beantragen, dass diese nachgeholt werden sowie bereits erteilte Genehmigungen, etc. außer Vollzug gesetzt werden, bis im Ergebnis der durchgeführten Beteiligung über den Antrag neu entschieden wurde.

Im Zuge dessen ist dann auch die Beteiligung der Öffentlichkeit zu betreiben.

Weiterhin fordern wir Sie im Namen der Deutschen Umwelthilfe e.V. auf gegen Genehmigungen niederländischer Behörden, die absehbar unter Verstoß gegen Verpflichtungen zur Beteiligung deutscher Behörden und der Öffentlichkeit erteilt wurden, einer Verhinderung des Eintritts diesbzgl. Bestandskraft und Vollziehbarkeit zu erwirken.

Die trifft insbesondere auf die o.g. Genehmigung und hier <https://zoek.officielebekendmakingen.nl/stcrt-2023-13882.html> bekannt gemachte Genehmigung zu.

⁷ Barmm-verzoek sidetrack put N04-04x, Punkt 4.7.1

⁸ Barmm-verzoek sidetrack put N04-04x, Punkt 4.2

⁹ Barmm-verzoek sidetrack put N04-04x, Punkt 4.2

¹⁰ <https://www.bfn.de/auswirkungen-2>

¹¹ Barmm-verzoek sidetrack put N04-04x, Punkt 4.1

Eine Verhinderung des Eintritts der Bestandskraft sowie der Vollziehbarkeit der Genehmigung ist insofern seitens des LBEG bzw. des Landes Niedersachsen unmittelbar zu betreiben bzw. zu gewährleisten.

Mit freundlichen Grüßen

Teßmer
Rechtsanwalt